



## **DRV-Mitgliederversammlung**

**am 18. Juni 2009 in Berlin**

**Präsident Manfred Nüssel**

**Deutscher Raiffeisenverband e.V.**

### **Ansprache des Präsidenten**

Es gilt das gesprochene Wort!

Der Vortrag von Herrn Kirsch bildet einen sehr instruktiven Hintergrund für die grundsätzliche Erörterung der Herausforderungen und Positionen der Raiffeisen-Genossenschaften im aktuellen wirtschaftlichen und politischen Umfeld. Unser wirtschaftliches Umfeld ist seit einigen Monaten von extrem ungünstigen Faktoren geprägt.

Dabei bedeutet es für uns überhaupt keine Genugtuung, dass unsere Prognose der zurückliegenden Jahre bestätigt worden ist. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ag-

armärkte stärker von Volatilitäten bei Preisen und Mengen geprägt sein werden, nachdem sich die Agrarpolitik Schritt für Schritt und konsequent aus der Verantwortung für die Agrarmärkte zurückgezogen hat. Allerdings hat auch uns das Ausmaß des Preiseinbruchs unter dem Einfluss der Finanzkrise überrascht.

Unsere letztjährige Mitgliederversammlung stand noch ganz im Zeichen weltweit stark gestiegener Agrarpreise, was bei vielen Marktteilnehmern die Erwartung auslöste, nun sei unwiderruflich das lang ersehnte, kaum noch für möglich gehaltene Goldene Zeitalter der Land- und Agrarwirtschaft angebrochen.

Die Marktentwicklung hat inzwischen alle Beteiligten wieder auf den Boden der Realitäten zurückgeholt. Ganz so einfach und gradlinig vollziehen sich solche historischen Prozesse in aller Regel nicht. Aber es bleibt die Perspektive einer grundsätzlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft auf mittlere und längere Sicht bestehen. Denn die Trends einer steigenden Weltbevölkerung, weiteren wirtschaftlichem Wachstums in großen Schwellen-

ländern und einer Verknappung der fossilen Ressourcen stehen nicht in Frage. Die Land- und Agrarwirtschaft als Produzent von Rohstoffen und Lebensmitteln wird deshalb weiter an Bedeutung gewinnen.

Deshalb sollten wir uns bei unseren Planungen und Entscheidungen nicht nur von kurzfristigen Signalen lenken lassen, sondern sie auf längere Fristen ausrichten – bei guten und bei schlechten Preisen. In diesem Bereich haben die Unternehmen der Land- und Agrarwirtschaft in Deutschland nach über 30 Jahren stabiler Agrarmärkte – garantiert durch die EU – noch Nachholbedarf. Alles Wirtschaften – und besonders die Landwirtschaft – ist zyklischen Schwankungen unterworfen, wenn die Marktkräfte greifen.

Land- und Agrarwirtschaft sind aufgerufen - veranlasst durch die Erfahrungen der letzten zwei Jahre - unternehmerische Vorsorge gegen Markt- und Preisschwankungen zu treffen. Der DRV hat wiederholt zu einem professionellen Risikomanagement aufgerufen und dafür konkrete Informations- und Beratungsplattformen geboten. Unsere Unternehmen praktizieren Risikovorsor-

ge; mit den geeigneten Instrumenten können sie die Risiken volatiler Märkte weitgehend beherrschen und deren Chancen optimal ausschöpfen. Ein wichtiges Element der besseren Risikobeherrschung ist die engere und verlässlichere Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette. Gegenseitige Absicherungen, z. B. durch stärkere vertragliche Bindungen sind ein wichtiges Instrument zur Beherrschung kurzfristiger Marktschwankungen.

Nun ist der jüngste Preisabschwung auf den Agrarmärkten nicht nur das Ergebnis von sektoralen Einflüssen. Er ist durch die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erheblich beeinflusst bzw. verstärkt worden. Land- und Agrarwirtschaft sind insofern auch Opfer dieser Krise.

Die Dimensionen dieser Krise sind in der Tat außerordentlich; wesentliche Teile des Bankensystems, des Herzens unserer Wirtschaft, sind dadurch an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit geraten.

Für die Genossenschaften können wir wichtige Lehren und Erfahrungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen: Sie haben sich – sei es in der Finanzwirtschaft oder in der Realwirtschaft – als wirtschaftliche Stabilitätsfaktoren ersten Ranges erwiesen. Gerade in der Krise wird deutlich, dass die Genossenschaften, die bisweilen als altmodisch und ein wenig verstaubt hingestellt werden, ein Geschäftsmodell von ungebrochener Aktualität, Attraktivität und Stabilität praktizieren.

Unternehmensauftrag und Eigentümerstruktur der Genossenschaften münden – wie sich gerade in der Krise erweist – in ein sehr verlässliches und wettbewerbsfähiges Geschäftsmodell, das nicht dem Selbstzweck dient, sondern sich an den Interessen der Mitglieder orientiert. Hier ist nicht grenzenlose, abgehobene Gewinnmaximierung das Ziel, sondern der nachhaltige Nutzen für das Mitglied und seine wirtschaftliche Situation.

Die Genossenschaften haben die Krise, die als Bankenkrise ihren Anfang nahm, bisher ohne einen Cent an staatlicher Hilfe gemeistert. Sie stehen nicht unter einem der vielen Rettungsschirme, die in den letzten Monaten vom Staat aufge-

spannt worden sind. Sie stehen auch nicht in der Schlange von Unternehmen, die beim Staat um Beteiligung oder andere Hilfen zur Rettung aus der Existenzgefährdung anstehen.

Diese Feststellung bedeutet aber nicht, dass wir keine Erwartungen an die Politik haben. Diese sind nach wie vor vorhanden, und wir artikulieren sie laut und vernehmlich.

Wir erwarten verlässliche und stabile Rahmenbedingungen, die einen fairen Wettbewerb gewährleisten. Wir erwarten vor allem verlässliche und rechtssichere politische Entscheidungen, bei denen wir nicht befürchten müssen, dass unsere Rechtsprechung sie wegen Verfassungswidrigkeit oder Verletzung anderer Rechtsgüter alsbald für nichtig oder reparaturbedürftig befindet. Dafür gibt es mehrere Beispiele.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. Februar hat uns das Instrument der CMA wie auch der ZMP aus der Hand geschlagen. Nur wenige Monate vor dem Urteil hat der Deutsche Bundestag das Absatzfondgesetz noch einmal novelliert. Trotzdem ist es für verfassungswidrig

befunden worden. Die Regelung zur Pendlerpauschale hat ebenfalls keine Gnade vor den Verfassungsrichtern gefunden. Und in diesen Tagen erleben wir eine Auseinandersetzung zwischen Politik und Rechtsprechung über die Veröffentlichung der Empfänger von EU – Zahlungen. Auch hier ist die Gesetzgebung offensichtlich nicht rechtsfest genug, um einer gerichtlichen Überprüfung standzuhalten.

Nur noch ein Wort zur Veröffentlichung der Zahlungsempfänger: Ich hätte dann gerne auch eine Internetseite, auf der alle Empfänger von Zahlungen aufgelistet sind, die laut Subventionsbericht der Bundesregierung an die gewerbliche Wirtschaft fließen. In der Summe sind das immerhin rund 20 Mrd. Euro.

Vor gut 10 Tagen sind die Mitglieder des Europäischen Parlamentes für die kommenden 5 Jahre gewählt worden. Der DRV hatte bereits im März in einem Positionspapier seine zentralen Forderungen an die Europaabgeordneten artikuliert. Unsere wichtigsten Anliegen sind Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, Überregulierungen und bürokratischen Hemmnissen. In einer Zeit

liberalisierter Märkte muss auch bei den gesetzlichen Regelungen mehr Wert auf Augenhöhe mit den globalen Wettbewerbern gelegt werden.

Sollten die Bestimmungen des Vertrages von Lissabon Anfang 2010 in Kraft treten, was bekanntlich noch unter dem Vorbehalt eines positiven Ausgangs des Referendums in Irland im Herbst diesen Jahres steht, so wird dem Europarlament künftig in agrarpolitischen Fragen eine sehr wichtige und verantwortungsvolle Rolle zukommen. Die Abgeordneten werden dann gleichberechtigt neben dem Ministerrat über die grundlegenden Bestimmungen der EU-Agrarpolitik mitentscheiden. Der DRV wird deshalb seine Kontakte zu den Mitgliedern des Europarlamentes weiter vertiefen. Unsere anerkannte Arbeit in Brüssel ist dafür eine gute Basis.

In den kommenden Monaten werden in Brüssel die Diskussionen zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 intensiver. Vor gut zwei Wochen fand im tschechischen Brunn beim informellen Treffen der Agrarminister eine erste Orientierungsdebatte zu diesem Thema statt. In der kommenden Woche soll der EU-Agrarrat ers-



te allgemeine Schlussfolgerungen ziehen. Die EU- Kommission hat angekündigt, Mitte 2010 eine Mitteilung, ein Optionen- Papier, und 2011 konkrete Legislativvorschläge zur Zukunft der GAP vorzulegen.

Die Frage der GAP nach 2013 ist eng verbunden mit der ebenfalls eröffneten Debatte über die Ausgestaltung des EU-Haushaltes der Finanzperiode ab 2014. Der DRV wird die Interessen seiner Mitglieder in diesen Beratungsprozess intensiv einbringen.

Im Vordergrund der Debatte über die Zukunft der GAP steht zunächst die Frage der künftigen Höhe und Verteilung der Direktzahlungen. Wir werden hier nicht lockerlassen und auch die besonderen Positionen der Agrargenossenschaften gegenüber der Politik verdeutlichen. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen Ungleichbehandlungen der Agrargenossenschaften. Die progressive Modulation akzeptieren wir nicht. Wir unterziehen diese politische Entscheidung einer rechtlichen Überprüfung und weisen weitere größenbedingte Kürzungen mit Nachdruck zurück.

Im Rahmen der Debatte über die künftige Agrarpolitik kommt es darauf an, die Instrumente zur Marktstabilisierung im erforderlichen Umfang abzusichern, um extreme Preisschwankungen auf den Agrarmärkten verhindern zu können. Die Raiffeisen-Genossenschaften haben sich in den vergangenen Jahren den Herausforderungen der zunehmenden Liberalisierung und Globalisierung der Agrarmärkte konsequent gestellt und werden dies auch weiter tun.

Die extremen Preisentwicklungen am Milchmarkt in den letzten Monaten haben eindringlich demonstriert, wie wichtig es ist, ein ausreichendes Sicherheitsnetz zur Stabilisierung der Agrarmärkte zu erhalten, das beim Auftreten von Krisensituationen auf den Märkten greift.

Realistischerweise ist davon auszugehen, dass der Weg der Liberalisierung der Märkte in der Agrarpolitik fortgesetzt wird, dies muss aber mit Augenmass geschehen. Die globale Finanzkrise hat deutlich genug gezeigt, zu welchen Fehlentwicklungen und Auswüchsen es führt, wenn globale Märkte regel- und steuerlos ihrem Schicksal überlassen werden.

Der Milchmarkt und insbesondere die Milcherzeuger stecken in einer tiefen Krise. In den vergangenen Monaten sind die Erzeugerpreise auf ein Existenz bedrohendes Maß gesunken.

Ein wesentlicher Grund für die derzeitigen Marktprobleme liegt im Wegbrechen großer Teile der Nachfrage nach Milch und Milchprodukten auf dem Binnen- und Weltmarkt, nicht zuletzt als Folge der Wirtschaftskrise. Auch wenn in Deutschland und in der Europäischen Union die Entwicklung der Anlieferungsmengen hinter den politisch beschlossenen Quotenaufstockungen zurück blieb, ist angesichts der eingebrochenen Nachfrage festzustellen, dass wir im Augenblick EU – und weltweit einfach zuviel Milch am Markt haben. Sie kann momentan nicht zu einem für eine nachhaltige Milchproduktion erforderlichen Auszahlungsniveau vermarktet werden.

Die Rufe nach dem Staat werden in dieser Zeit wieder lauter, finden im Markt aber immer weniger Widerhall. Frau Bundesministerin Aigner hat beim Runden Tisch zur Wettbewerbsfähigkeit in der Lebensmittelkette am 28. April zutreffend

festgestellt, dass die Politik nicht die Preise macht. Wir alle stehen in der Verantwortung - Erzeuger, Molkereien - und auch die Handelspartner unserer Unternehmen können sich den Marktkräften nicht entziehen.

Die Volatilität der Milchpreise ist die logische Folge der politischen Weichenstellung, sich aus der Marktverantwortung zurückzuziehen und das Ende der Quotenregelung durch Übergangsmaßnahmen vorzubereiten.

Die neuen Realitäten auf den Agrarmärkten sind von allen Beteiligten, auch von der nationalen Politik, anzuerkennen und vor allem auch stärker zu kommunizieren. In der Vergangenheit wurden nach meinem Eindruck immer wieder zu große Erwartungshaltungen aufgebaut, die heute nicht erfüllt werden können. Fakt ist der eindeutige Beschluss auf europäischer Ebene, die Milchquote 2015 auslaufen zu lassen. Der DRV hatte, wie auch die nationale Politik, in den Beratungen zum Health Check eine an den Markt angepasste Lockerung des Mengenkorsetts bis 2015 gefordert. Im November letzten Jahres wurde jedoch anders entschieden.

Ich halte es jetzt für erforderlich, dass zur dringend notwendigen Marktentlastung alle verfügbaren Marktordnungsinstrumente konsequent genutzt werden. Wir sind uns durchaus bewusst, dass diese Instrumente langfristig keine Hilfe mehr bieten. Angesichts der aktuell auch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Probleme am Milchmarkt sind sie aber dringend notwendig und gerechtfertigt.

Außerdem muss die Politik kurzfristig für Liquiditätshilfen und Kostenentlastungen für die Milch-erzeuger sorgen. Ich begrüße ausdrücklich die vorzeitige Auszahlung der EU-Betriebsprämien, die Bereitstellung zinsgünstiger Überbrückungskredite und die teilweise Beseitigung der Nachteile aus der nationalen Besteuerung des Agrardie-sels.

Zur Unterstützung der Absatzanstrengungen unserer Molkereigenossenschaften brauchen wir zudem eine schnelle Lösung für die wachsenden Schwierigkeiten bei der Risikoabsicherung von Warenkrediten. Wir haben den Bundeswirt-schaftsminister frühzeitig darauf hingewiesen,

dass in Frankreich der Staat den dortigen Kreditversicherern als Risikoträger zur Seite getreten ist. In Deutschland fehlt eine solche Unterstützung, woraus erneut Wettbewerbsverzerrungen resultieren.

Die genossenschaftlichen Molkereien haben in den letzten Jahren ihre unternehmerischen Hausaufgaben erfolgreich erledigt. In den vergangenen zehn Jahren hat sich ihre Zahl von 115 auf 62 etwa halbiert. Die fünf größten Unternehmen repräsentieren gut zwei Drittel der Gesamtumsätze der genossenschaftlichen Milchwirtschaft von knapp 11 Mrd. €. Darüber hinaus praktizieren die Unternehmen vielfältige und erfolgreiche Formen der Zusammenarbeit und Kooperation bei Beschaffung, Verarbeitung und Vermarktung.

Um den zukünftigen Herausforderungen des Marktes gerecht zu werden, muss der eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt werden. Es geht darum, mehr Eigenverantwortung bei der Marktstabilisierung zu übernehmen, die Verwertungsstabilität durch breitere Produktsortimente sowie die Wertschöpfung und den Export zu er-

höhen. Gerade auch die jüngsten Entwicklungen stimmen mich zuversichtlich, dass wir zu weiteren Fortschritten kommen. Neben anderen vergleichbaren Entwicklungen im Süden Deutschlands ist die im Norden beabsichtigte Gründung des Gemeinschaftsunternehmens zur Bündelung des Vertriebs durch die Humana Milchindustrie GmbH und die Nordmilch AG ein aktuelles Beispiel und deutlicher Beleg dafür, dass die genossenschaftliche Milchwirtschaft ihre Zukunftsaufgaben anpackt.

Die in der letzten Woche vom Bundeskartellamt bekannt gegebene Freigabe dieses Vorhabens zeigt, dass das nationale Wettbewerbsrecht solchen Vorhaben nicht entgegensteht. Vielmehr ist es, wie der Präsident des Kartellamtes Dr. Heitzer zutreffend festgestellt hat, zunächst Sache der Branche, eine weitere Konsolidierung in der Molkereiwirtschaft anzustoßen.

Allerdings sind diese strukturellen Anpassungen nicht zum Nulltarif zu haben. Im Gegenteil: Sie sind mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden. Außerdem werden die Kosteneffekte und damit höhere Auszahlungspreise erst mit ei-

nem Zeitverzug wirksam. Gerade diese Tatsache setzt die Bereitschaft der Genossenschaftsmitglieder voraus, notwendige Anpassungsschritte mit zu tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach den turbulenten Entwicklungen im Milchsektor ist mein Eindruck, dass sich die Milcherzeuger heute wieder verstärkt der Vorteile und Besonderheiten der Genossenschaft bewusst werden.

Während in Westfalen gleich mehrere nichtgenossenschaftliche Molkereien Milchlieferverträge mit Landwirten aufkündigen, weil Milch derzeit deutlich günstiger auf dem Spotmarkt zu beziehen sei, ist die genossenschaftliche Lieferbeziehung nur einseitig, durch das Mitglied, kündbar. Gerade die engere, langfristig angelegte Bindung zwischen dem Mitglied und seiner Genossenschaft ist im beiderseitigen Interesse der Milcherzeuger und der Molkereien.

Die Genossenschaften bieten nach meiner festen Überzeugung ihren Mitgliedern auch künftig beste Chancen für den wirtschaftlichen Erfolg, wenn



sie sich gemeinsam den Marktanforderungen stellen.

Stichwort Marktanforderungen: Durch politische Entscheidungen (WTO) und strukturelle Entwicklungen verändern sich Märkte dynamisch und tiefgreifend. Der Handelswettbewerb wird schärfer, und die deutsche Agrarwirtschaft ist aufgefordert, ihre Position auf den Auslandsmärkten zu stärken und auszubauen. Die genossenschaftlichen Unternehmen erbringen im Agrarexport bereits beachtliche Leistungen.

So hat beispielsweise die Westfleisch eG ihren Export im vergangenen Jahr um mehr als 32 Prozent gesteigert, so dass sich der Exportanteil der Westfleisch auf über 40 Prozent erhöhte.

Der Erfolg beim Export von Produkten der Agrar- und Ernährungswirtschaft allgemein und in der Vieh- und Fleischwirtschaft in Drittländer ist sehr eng mit der Lösung handelspolitischer Fragen, zunehmend auch gesundheitspolitischer und veterinärrechtlicher Fragen verknüpft.

Ich begrüße ausdrücklich den außerordentlichen Einsatz des BMELV, in Sonderheit das des Exportbeauftragten Parl. Staatssekretär Dr. Gerd Müller und von Staatssekretär Lindemann, für eine nachhaltige Exportförderung. Hier hat sich ein spürbarer Gesinnungswandel vollzogen, was die Unterstützung der Unternehmen auf den Auslandsmärkten angeht. Deshalb habe ich auch Verständnis für das Anliegen des Ministeriums, auf Seiten der Wirtschaft einen Ansprechpartner, nur einen Counterpart zu haben, mit dem die Fragen der Exportförderung für deutsche Agrarprodukte – Strategie, Schwerpunkte, Durchführung etc. – erörtert, geplant und umgesetzt werden können. Nach dem Wegfall der CMA steht ein solcher zentraler Partner auf Seiten der Wirtschaft bislang nicht zur Verfügung – mehrere Initiativen mit gleicher oder ähnlicher Zielsetzung werden auf den Weg gebracht. (Übersicht im Geschäftsbericht Dr. Meyer)

Aus Sicht des DRV, der mehrere Branchen vertritt, ermutige ich die Beteiligten auf einander zuzugehen, damit wir schnell zu einer Lösung kommen, die einen gemeinsamen Auftritt der deutschen Agrarwirtschaft im Ausland gewähr-

leistet. Wir setzen uns aktiv für eine solche Lösung ein. Dies erfordert auch der Wettbewerb, in dem wir mit anderen Nationen stehen. Frankreich z. B. rüstet derzeit seine Exportorganisation SOPEXA erheblich auf.

Verlässlichkeit mahnen wir auch bei der Bioenergiepolitik an. Die Diskussion um das Biokraftstoffquotengesetz bietet dafür reichlich Anlass. Heute soll der Bundestag die Reduktion der Beimischungsquote von 6,25 % auf 5,25 % beschließen, um dann ab 2010 wieder auf die vorherige Höhe gesetzt zu werden. Eine Quotenanhebung erfordern allein schon die Vorgaben der EU – Richtlinien für erneuerbare Energien, die bis 2020 einen Anteil von 10 % im Verkehrssektor vorgeben.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung hat zu einem drastischen Absatzrückgang beim reinen Biodiesel geführt, mit allen nachteiligen Folgen für Arbeitsplätze, Investitionen und Fördermittel. Die vorgesehene minimale Rücknahme der Steueranhebung wird die Situation für Biodiesel nicht verbessern.

Das Ganze wird jetzt noch garniert mit der Einführung von Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe und flüssige Biobrennstoffe. Diese Kriterien sollen nicht nur eingehalten, das Ganze soll auch noch zertifiziert werden. Hier kommt mit der EU – Richtlinie für Erneuerbare Energien neuer Verwaltungsaufwand auf die Wertschöpfungskette zu. Völlig unakzeptabel wäre es, wenn die Bundesregierung diese weitreichenden Vorschriften noch in dieser Legislaturperiode, also bis Anfang Juli, erlassen wollte. Dazu sind noch zu viele Fragen ungeklärt, insbesondere der Umfang der einzuhaltenden und zu zertifizierenden Nachhaltigkeitskriterien. Die Umsetzungsfrist der EU von 18 Monaten lässt ein Aufgreifen dieser Regelung nach der Bundestagswahl durchaus zu. Dann könnten in Ruhe sachgerechte und rechtssichere Regelungen entwickelt werden.

Es überrascht nicht, dass das Thema Grüne Gentechnik im Superwahljahr 2009 erneut in den Fokus von Politik und Interessengruppen gerückt ist. Überrascht bin ich jedoch über die inzwischen erreichten Auswüchse, die in den letzten Wochen erneut in zahlreichen Zerstörungen von Feld- und Gewächshausversuchen endeten.

Ich appelliere daher an die Politik, Verantwortung zu übernehmen und durch ihr Verhalten einer Gentechnik-feindlichen Haltung in Medien und Öffentlichkeit keinen weiteren Vorschub zu leisten. Ferner sollte die Politik – ohne jede Voreingenommenheit in die eine oder die andere Richtung – praktikable Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz schaffen und gewährleisten.

Politische Entscheidungen im Bereich der Schlüsseltechnologie Grüne Gentechnik dürfen sich nicht von wechselnden Stimmungen beeinflussen lassen, sondern anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigen. Forschung allein reicht nicht aus. Es muss auch die Anwendung der Ergebnisse jahrelanger Forschung hierzulande möglich sein. Andernfalls darf es uns nicht verwundern, wenn zukünftig nur noch Unternehmen außerhalb Deutschlands über das entsprechende Know-how verfügen.

Aktuell gilt es jedoch, vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl gentechnisch veränderter Pflanzensorten in Drittländern die Rohstoffversorgung der europäischen Lebensmittel- und

Veredelungswirtschaft zu sichern. Der DRV fordert gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden, dass sich Deutschland auf Gemeinschaftsebene nachhaltig für ein beschleunigtes und entbürokratisiertes GVO -Zulassungsverfahren einsetzt – verbunden mit einem Toleranzwert für diejenigen GVO in Lebens- und Futtermitteln, die in Drittländern bereits zugelassen sind und damit auch eine behördliche Sicherheitsprüfung durchlaufen haben.

Meine Damen und Herren, wir durchleben gegenwärtig schwierige Zeiten. Wenn ich aber sehe, wie sich die genossenschaftlichen Unternehmen unter diesen schwierigen Verhältnissen auf den Märkten bewähren und stabile wirtschaftliche Partner für die Landwirtschaft sind, dann bin ich zuversichtlich, dass wir uns bald wieder in einem günstigeren wirtschaftlichen Umfeld bewegen werden.

Dafür brauchen wir aber die geeigneten politischen Rahmenbedingungen. Hierzu sind wir gespannt auf die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Lindemann.